

Bürger können mitentscheiden

Planfeststellungsverfahren zum Kaliabbau in Giesen begonnen / BI darf an Gesprächen teilnehmen

Giesen (skn). Das nächste große Genehmigungsverfahren zur geplanten Wiederinbetriebnahme des Kalischachts in Giesen hat begonnen. Eine Antragskonferenz im Hildesheimer Kreishaus bildete den Auftakt zum Planfeststellungsverfahren, das sich noch bis ins kommende Jahr ziehen wird. In den nächsten Monaten werden etliche Aktenordner mit Gutachten, Antragsunterlagen und Stellungnahmen gefüllt. Dabei hat der Kasseler Konzern K+S noch gar nicht endgültig entschieden, ob der Kali-Abbau in Giesen tatsächlich wieder aufgenommen werden soll.

Der Scoping-Termin (von englisch scope, was unter anderem Umfang bedeutet) in Hildesheim fand hinter verschlossenen Türen statt. Nach Angaben von Teilnehmern kam es dabei nicht etwa zu ideologischen Debatten. „Das ist alles sehr sachlich und konstruktiv gewesen“, berichtet Dirk Fietz von der Bürgerinitiative aus Ahrbergen. Und auch K+S-Sprecher Ulrich Goebel berichtet von einer „sehr konstruktiven“ Veranstaltung. Diese sei „nicht für Grundsatzdiskussionen instrumentalisiert worden.“ Sinn eines „Scopings“ ist es, dass der Antragssteller sein Vorhaben präsentiert und alle Beteiligten ihre Standpunkte darstellen.

Insgesamt waren 14 Institutionen an der Antragskonferenz beteiligt – neben K+S selbst die direkt betroffenen und angrenzende Gemeinden sowie andere Behörden, aber auch verschiedenste Naturschutzverbände wie BUND, NABU oder auch etwa die Aktion Fischotterschutz. Besonders stolz sind die Mitglieder der erst Ende vergangenen Jahres gegründeten Bürgerinitiative, dass sie nun auch offiziell am Planfeststellungsverfahren beteiligt sind. Das sei keineswegs selbstverständlich für eine Bürgerinitiative, berichtet BI-Mitglied Fietz.

Zwar traf man sich zur Antragskonferenz im Hildesheimer Kreishaus. Anders als beim Raumordnungsverfahren ist

aber jetzt nicht mehr der Landkreis zuständig, sondern das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) in Clausthal-Zellerfeld.

Viel Neues wurde bei der Antragskonferenz im Vergleich zum Raumordnungsverfahren nicht bekannt. Im ersten Verfahren ging es noch darum, verschiedene Alternativen gegeneinander abzuwägen. So hat der Landkreis sich etwa im Raumordnungsverfahren dafür ausgesprochen, dass der Hafen Harsum für die Verschiffung des Kalis genutzt werden soll, dass die Stromleitung unter der Erde verlegt wird und dass es eine Flachhalde westlich des Werksgeländes geben soll.

Im Planfeststellungsverfahren wird nun unter anderem untersucht, wie sich die ausgewählten Alternativen auf Mensch und Umwelt auswirken. Dazu wird K+S im Rahmen des Antragsverfahrens eine große Umweltverträglichkeitsstudie machen lassen. Wobei die Arbeiten für diese Studie eigentlich schon begonnen haben. Denn unter anderem müssen dazu die Vegetation und der Vogelflug im Jahresverlauf beobachtet werden, wie K+S-Sprecher Ulrich Goebel erläutert. Hätte man erst mit dem Beginn des Planfeststellungsverfahrens mit diesen Untersuchungen begonnen, hätten die Planer zu viel Zeit verloren.

Denn K+S hat sich vorgenommen, bereits im August 2014 die Antragsunterlagen zusammenzustellen. Sind diese Unterlagen im Landesbergamt eingegangen, prüfen die Beamten sie auf Vollständigkeit und geben anschließend Behörden und Verbänden die Gelegenheit zur Stellungnahme. Auch jeder Bürger darf dann Eingaben machen. Die Unterlagen werden auch im Internet abzurufen sein. Das Bergamt rechnet damit, dass es voraussichtlich Anfang kommenden Jahres soweit sein wird. Die Anhörungsphase endet dann mit einem Erörterungstermin, bei dem alle Beteiligten noch einmal ihre

Stellungnahmen abgeben können. Wann das Verfahren dann abgeschlossen sein wird, ist derzeit nach Angaben von Behördensprecher Björn Völlmar noch unklar. K+S erwarte zwar eine Entscheidung des LBEG bis Ende 2015: „Der Termin kann angesichts der Komplexität des Vorhabens aber nicht als gesichert angesehen werden.“

Ob nach einer möglichen positiven Entscheidung des Bergamtes K+S tatsächlich

grünes Licht bekommt, ist offen. Denn es gibt auch noch die Möglichkeit, gegen die Entscheidung zu klagen. Aber selbst wenn K+S eine rechtskräftige Genehmigung hat, ist die Wiederinbetriebnahme des Schachtes immer noch nicht endgültig beschlossene Sache. Denn der Vorstand des DAX-Konzerns behält sich vor, erst im Jahr 2016 endgültig zu entscheiden, ob in Giesen tatsächlich wieder Kali abgebaut werden soll.

Neue Straße: Noch keine Grundstückskäufe

Giesen (skn). Während das Verfahren für die Genehmigung des Kaliwerks in eine neue Phase getreten ist, hat der Bauausschuss der Gemeinde Giesen eine wichtige Entscheidung zur Planung der Gemeindeverbindungsstraße gefällt. Diese neue Straße zwischen Giesen und Ahrbergen gilt als wichtiger Bestandteil der Verkehrsplanung für den Schachtbetrieb.

Die Straße soll die Bundesstraße 6 bei Ahrbergen mit der Kreisstraße 509 Richtung Emmerke und Rössing verbinden. Derzeit läuft noch die Planung für das Projekt, das geschätzt 6,5 Millionen Euro kosten wird. Voraussichtlich muss die Gemeinde weniger als die Hälfte dieses Betrags aus der Gemeindekasse bezahlen. Für den Rest stehen voraussichtlich Fördergelder zur Verfügung. In diesem Jahr sollen die Planungen durch ein Ingenieurbüro weiter vorangetrieben werden. Im aktuellen Haushalt stehen allein für diese Planungen 30000 Euro zur Verfügung. Unter anderem sind ein Lärm- und ein Wertgutachten vorgesehen.

In der Bauausschuss-Sitzung ging es nun vor allem um die für den Straßenbau notwendigen Grundstückskäufe. Der Ausschuss wehrte sich aber dagegen, die Verwaltung bereits jetzt mit dem Ankauf zu beauftragen. „Wir wollen die Straße unbedingt“, sagte SPD-Fraktionschef Helmut Meyer zwar.

Bevor es noch keinen Ratsbeschluss über den Straßenbau gibt, sollten seiner Ansicht nach aber auch noch keine Grundstücke gekauft werden. Dieser Meinung schloss sich auch CDU-Ausschussmitglied Uwe Meyer an. Der Ausschuss stimmte schließlich einstimmig dafür, dass die Verwaltung nun zunächst mit den Eigentümern der Grundstücke verhandeln soll.

Ob die Straße rechtzeitig bis zum möglichen Beginn der Kali-Förderung im Jahr 2020 fertig wird, ist noch offen. K+S plant daher zunächst mit einer Alternativroute durch Ahrbergen, solange es noch keinen Ratsbeschluss über den Bau der neuen Verbindungsstraße gibt.